

spricht an diesem Tage der Regierung der Sowjetunion und allen Sowjetbürgern seine herzlichsten Glückwünsche aus.

Die Große Oktoberrevolution in Rußland bedeutet eine tiefgreifende Wende in der Entwicklung der gesamten Menschheit. Zum ersten Male in der Geschichte gelang einer revolutionären Bewegung die Erfüllung der großen Aufgabe, eine Gesellschaftsordnung zu gestalten, welche die Ursachen für die Entstehung von Kriegen und Krisen beseitigt und die Grundlage für einen dauerhaften Frieden zwischen allen Völkern der Erde schafft.

Die Kraft, die die Sowjetunion zu ihren gewaltigen Leistungen befähigt, ist das unzerreißbare Bündnis zwischen allen schaffenden Menschen in Stadt und Land, ist zum anderen die volle nationale Gleichberechtigung der Völker der Sowjetunion. Die unerschütterliche Friedenspolitik der Sowjetunion, die nicht nur das eigene Land, sondern alle Völker der Erde vor einem neuen, von anglo-amerikanischen Kriegsanstiftern geschürten Weltbrand schützen will, kämpft für die wahren nationalen Interessen aller Völker und nicht zuletzt des deutschen Volkes.

Das historische Telegramm, das Generalissimus Stalin anlässlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik an den Präsidenten Wilhelm Pieck und den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl richtete, hat dies aufs neue klar und eindringlich zum Ausdruck gebracht. Durch seine freundschaftlichen und herzlichen Worte wurde dem deutschen Volk in Erinnerung gerufen, daß diejenigen Zeiten die im glücklichsten seiner Geschichte gewesen sind, in denen das deutsche Volk zu dem großen russischen Volk in Feindschaft stand.

Es liegt im ureigensten Interesse des deutschen Volkes, mit dem großen sowjetischen Volk für die Aufrechterhaltung des Friedens zu kämpfen. Vergessen wir nie die Worte Stalins: „Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.“

Mit der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik wurde den Gegnern des deutschen Volkes, wurde den Kriegshetzern ein empfindlicher Schlag versetzt, wurde der Grundstein für ein wahrhaft neues, demokratisches Deutschland gelegt, das mit der Politik einer verhängnisvollen Vergangenheit für immer brechen und den Geist der Demokratie, des Humanismus und des Friedens pflegen will.

(Beifall)

Eine Reihe von Ländern, an ihrer Spitze die Sowjetunion, haben aus dieser Tatsache die Folge- rung gezogen und die diplomatischen Beziehungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen.

Den Mitgliedern der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ist es deshalb eine besondere Freude, dem in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, eingetroffenen Chef der Diplomatischen Mission der UdSSR, Herrn G. M. Puschkin, aufrichtige Worte herzlichster Begrüßung auszusprechen.

(Lebhafter Beifall)

Zum 32. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution senden wir deshalb nicht nur unsere herzlichsten Wünsche nach Moskau, sondern bringen erneut zum Ausdruck, daß die beständige Freundschaft des sowjetischen und deutschen Volkes ein festes Boll-

werk für die Zukunft und für den Frieden der Welt sein wird.

(Starker Beifall)

### Präsident Matern:

Wird zu der Erklärung das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der gemeinsamen Erklärung der Fraktionen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Das ist auch nicht der Fall. Die Erklärung ist einstimmig angenommen.

(Lebhafter Beifall)

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

### Anzeige des Präsidenten der Provisorischen Volkskammer über bei dem Sekretariat der Provisorischen Volkskammer eingegangene Eingaben, Beschwerden und Gesuche.

Es liegt Ihnen dazu die Drucksache Nr. 11 vor. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Dann kommen wir zu Punkt 3 der Tagesordnung:

### Gesetz über den Erlaß von Sühnemaßnahmen und die Gewährung staatsbürgerlicher Rechte für ehemalige Mitglieder und Anhänger der Nazipartei und Offiziere der faschistischen Wehrmacht (Drucksache Nr. 12).

Zur Begründung hat der stellvertretende Ministerpräsident Herr Ulbricht das Wort.

### Stellv. Ministerpräsident Ulbricht:

Meine Damen und Herren! Die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich eingehend mit dem Erlaß von Sühnemaßnahmen und der Gewährung staatsbürgerlicher Rechte für die ehemaligen Mitglieder und Anhänger der Nazipartei und der Offiziere der faschistischen Wehrmacht beschäftigt. Gestatten Sie mir zur Begründung dieser Vorlage der Regierung einige Worte!

Nach der Zerschlagung des faschistischen Staates und seines Militärapparates durch den Sieg der Sowjetarmee wurde auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens und entsprechender Bestimmungen der Besatzungsorgane die Entnazifizierung durchgeführt.

Durch diese Säuberung und Umgestaltung des Staatsapparates und die Beseitigung der Machtpositionen der monopolkapitalistischen Kriegsinteressenten in der Industrie und der Großgrundbesitzer in der Landwirtschaft wurde das feste Fundament geschaffen, auf dem sich das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben in der Deutschen Demokratischen Republik aufbaut und entwickelt.

Während in Westdeutschland die Kriegsverbrecher und Nazigrößen die Machtpositionen in Verwaltung und Wirtschaft besetzen durften und begonnen haben, ihr früheres Spiel wieder zu treiben, wurde die Masse der kleinen Pgs. entrechtet, in die soziale Ausweglosigkeit gestoßen.

Bei uns waren die durchgeführten Entnazifizierungs- und Entmilitarisierungsmaßnahmen die wesentlichen Voraussetzungen für die Entwicklung und Festigung unserer demokratischen Ordnung und für die Gewinnung des Vertrauens der friedliebenden Völker. Sie gestatten es heute der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, den ehemaligen Mitgliedern und Anhängern der Nazipartei und den Offizieren der faschistischen Wehrmacht die staatsbürgerlichen Rechte zu gewähren.

Die Regierung konnte diesen Schritt um so mehr tun, als es zahlreiche Beispiele dafür gibt, daß ehemalige Mitglieder und Anhänger der Nazipartei und Offiziere der faschistischen Wehrmacht ihren früheren falschen